

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Steuern
Saur, Dieter Telefon: 07071-204-1202
Gesch. Z.: /

Vorlage 360/2022
Datum 01.12.2022

Mitteilungsvorlage

zur Kenntnis im **Verwaltungsausschuss**

Betreff:	Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand; Verschiebung des In-Kraft-Tretens
Bezug:	Vorlage 354/2016
Anlagen:	0

Die Verwaltung teilt mit:

Die Anwendung des § 2 b UStG, welche die Umsatzsteuerpflicht der Leistungen der öffentlichen Hand regelt, wird weiterhin ausgesetzt und zwar bis zum 31.12.2023.

Die Übergangsfrist für die Anwendung der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand soll nach dem Willen des Gesetzgebers um weitere zwei Jahre verlängert werden. Wird hiervon kein Gebrauch gemacht, muss ab dem Jahr 2023 das neue Recht angewandt werden.

§ 2 b UStG, welcher die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand neu regelt, trat bereits am 01.01.2017 in Kraft. Dieser Termin konnte ursprünglich durch eine Option bis zum 01.01.2021 hinausgeschoben werden. Hiervon hat die Stadt, wie die meisten juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Gebrauch gemacht. Diese Übergangsfrist wurde im Jahr 2020 durch das Corona-Steuerhilfegesetz um zwei Jahre verlängert. Der Gesetzgeber strebt nun eine weitere Verlängerung um zwei Jahre für die zwingende Anwendung der Neuregelung an, um auf die aktuell starke Belastung der Kommunen (Unterbringung von Kriegsflüchtlings, knappes Fachpersonal, Energiekrise, Grundsteuerreform etc.) zu reagieren. Die Verlängerung soll am 16.12.2022 im Bundesrat beschlossen werden.

Auch wenn die Zeit bisher dafür genutzt worden ist, um die Vorbereitungen auf die neue Rechtslage voranzutreiben und größtenteils abzuschließen, bestehen doch zu einigen Sachverhalten noch offene Fragen, die noch nicht abschließend geklärt werden konnten. Die Stadt möchte zwar diese Fristverlängerung nicht vollständig ausnutzen, wird aber die Anwendung des § 2 b UStG um ein Jahr

verschieben, sofern dies gesetzlich ermöglicht wird. Die komplette Ausnutzung der Frist scheint allerdings nicht sinnvoll zu sein, da alle erforderlichen Vorarbeiten und Klärungen bis zum Ende des Jahres 2023 abgeschlossen sein dürften. Außerdem wird die Fachabteilung Steuern im Jahr 2025 voraussichtlich durch die Grundsteuerreform stark belastet werden. Auch die bereits erworbenen Kenntnisse der in der Praxis von der Neuregelung betroffenen Beschäftigten verblassen umso mehr, je länger das In-Kraft-Treten verschoben wird.

Die Verschiebung hat in erster Linie Vorteile für die Bürger_innen, da sich verschiedene Verwaltungsleistungen nicht bereits zum 01.01.2023 sondern erst ein Jahr später verteuern werden. Dem stehen Nachteile für die Stadt durch den für diese Leistungen dann auch noch nicht möglichen Vorsteuerabzug gegenüber, die sich aber aktuell noch nicht genau beziffern lassen